

**DP: Rücke vor auf Los**

Einstimmig haben die Stadtliberalen Lydie Polfer zur Spitzenkandidatin für die Gemeinderatswahlen im Oktober erklärt. Wen hätte es (noch) gewundert? Umso erstaunlicher, dass es anlässlich der dafür anberaumten Pressekonferenz außer dieser Personalie nichts mitzuteilen gab. "Personen statt Programm" - ein Vorwurf, den die DP sich in der Vergangenheit des Öfteren hat anhören müssen, der aber unter dem emsigen, nicht immer glücklich taktierenden Bürgermeister Helminger etwas in Vergessenheit zu geraten schien. Dass die DP auf eine "valeur sûre" setzt, um wenigstens in der Hauptstadt weiterhin die erste Geige spielen zu können, mag taktisch klug sein: Politisch korrekter wäre gewesen, dem ersten "neuen" Bürgermeister seit dem Anfang der 80er Jahre die Bewährungsprobe einer Wiederwahl zu ermöglichen. Helminger hält sich - ganz Parteisoldat - zurück, doch spricht sein Körper eine eindeutige Sprache, wenn Lydie Polfer sagt "wir werden gemeinsam handeln". Nein zur Mamerentfinanzierung über die Kassen, Nein zu Steuererhöhungen auf Benzin und Tabak, Nein zur Abschaffung von Hausaufgaben, die ohnehin keine verlangt ... so liest sich die DP-Programmatik in den Postwurfsendungen, die derzeit in der Hauptstadt verteilt werden. Oppositionspolitik in der eigenen Hochburg? Das kann ins Auge gehen. Verständlich, dass Helminger sich noch immer nicht definitiv festgelegt hat, ob er noch einmal antreten will.

**Nie wieder Fokker!**

Große Veränderungen bei der staatlichen Aufsicht über den Flugverkehr fordert die Transportkommission der Chamber als Konsequenz des Fokker-Unfalls. In der Sitzung vom vergangenen Donnerstag unterstützten alle Fraktionen außer der DP eine Motion, die der Regierung Vorschläge unterbreitet. Grundlage der Motion ist die McKinsey-Studie zur Flugsicherheit von April 2004. In dieser Studie wird unter anderem eine strengere Trennung zwischen der Aufsichtsbehörde "Direction de l'aviation civile" (DAC) und den Flughafenbetreibern verlangt. Auch die Arbeitsweise des Expertenbüros Veritas, das einen Teil der Aufsicht übernommen hat, wird in Frage gestellt. Die Kontrollen seien vorhersehbar, und Veritas lasse es möglicherweise an Objektivität fehlen, weil das Büro direkt von den zu kontrollierenden Gesellschaften bezahlt wird. "In der Motion wird leider nicht gefordert, den Vertrag mit Veritas gleich zu kündigen", bedauert Camille Gira (Déi Gréng). Erfreulich sei, dass eine Verstärkung der Sicherheitskultur angemahnt wird. "Das heißt im Klartext: Es gab nicht genügend Kontrollen. Indirekt sind die DAC und der Staat mitverantwortlich für den Fokker-Unfall", schlussfolgert Camille Gira.

**Brandstifter Fedil**

Dupont dreht weiter an der Restrukturierungsschraube. Das bedeutet nicht nur, dass der Chemiekonzern in Luxemburg bis 2007 weitere 185 Arbeitsplätze abbauen möchte. Im vergangenen Jahr hatte er schon 23 Stellen abgebaut. Er plant außerdem die Löhne zu kürzen und sechs freie Tage zu streichen. Darüber hinaus sind massive Kürzungen bei den Anfangsgehältern vorgesehen. Dies geht aus einem am vergangenen Mittwoch veröffentlichten Pressecommuniqué des LCGB hervor.

Der christliche Gewerkschaftsbund geht unterdessen auf Konfrontationskurs zu Fedil-Direktor Nicolas Soisson. Nicht nur sei dessen Behauptung unwahr, die Dupont-Lohnkürzungen beschränkten sich auf 0,5 Prozent. Auch Soissons Aussage, die ArbeitnehmerInnen müssten die erfallenden Indexranchen durch einen Lohnverzicht "finanzieren", löste beim LCGB Unmut aus. Der Indexmechanismus sei schließlich zur Kompensierung des Kaufkraftverlustes geschaffen worden. "Die Fedil ist dabei, Feuer an ein Pulverfass zu legen", schreibt die Gewerkschaft und verweist auf die geplante Protestaktion am 26. Januar bei Dupont.

*Will die Militarisierung der EU bremsen und kommt nach Luxemburg: der Antimilitarist und Europaabgeordnete Tobias Pflüger von der Vereinigten Linken.*

(Foto: privat)

**EU-MILITÄRPOLITIK****"Eine gefährliche Entwicklung"**

**woxx: Sie sind Gegner der EU-Verfassung, wie sie in Rom von den EU-Regierungen verabschiedet wurde. Warum?**

**Tobias Pflüger:** Mich stört die Grundausrichtung des EU-Verfassungsvertrages, er ist neoliberal und antisozial und vor allem, das ist für mich der zentrale Punkt, warum ich gegen die Verfassung in ihrer jetzigen Fassung bin: Die wesentlichsten Veränderungen werden durch sie im Bereich der EU-Militärpolitik vorgenommen. Damit wird eine Militarisierung der Europäischen Union festgeschrieben.

**Nennen Sie uns ein Beispiel.**

In Artikel I, 41, Absatz 3 werden die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Das ist nichts anderes als eine Aufrüstungsverpflichtung. Zudem werden im Vertrag neben Kampfeinsätzen, wie sie bereits in den Petersberg-Aufgaben formuliert sind, auch so genannte Entwaffnungsmissionen festgeschrieben. Der deutsche Außenminister Joschka Fischer hat das mal Abrüstungskriege genannt und sich dabei eindeutig auf den Irak bezogen. Das heißt, die EU befindet sich auf einer Ebene mit den USA. Das halte ich für eine ganz gefährliche Entwicklung.

**Auch viele Linke fordern eine europäische Verteidigungspolitik. Damit soll dem Unilateralismus und den imperialistischen Bestrebungen der USA etwas entgegengesetzt werden, so die Argumentation.**

Das halte ich für falsch. Denjenigen, die nachher unter Krieg zu leiden haben, den Bevölkerungen, ist es völlig gleichgültig, ob sie nun von den USA, von der EU, der NATO oder von Einzelstaaten bombardiert werden. Wer solche militärischen Strukturen schafft, wird sie eines Tages auch einsetzen.

**Der EU-Vertrag beruft sich bei möglichen militärischen Auslandseinsätzen auf die Charta der Vereinten Natio-**

**nen. Ihnen reicht das nicht. Warum?**

Der Text verweist auf die Grundsätze der Vereinten Nationen. Das ist ein Unterschied. Stünde im Vertrag, die EU verpflichtet sich auf die UN-Charta, hätten die Vereinten Nationen die Entscheidungsgewalt. In dem sich die EU aber ausdrücklich nur auf die Grundsätze bezieht, ist sie das Entscheidungsorgan. Das heißt nichts anderes: Man bezieht sich auf Grundsätze der UN-Charta, definiert aber selbst, wann diese zutreffen und wann nicht.

**Die ersten europäischen Elite-Kampftruppen, die 'Battle Groups', gibt es bereits unter deutsch-französischer Federführung. Wie bewerten Sie die militärische Zusammenarbeit von Paris und Berlin?**

Eines ist offensichtlich: Das Konzept eines Kerneuropas unter deutsch-französischer Führung, und zum Teil mit Großbritannien ist bereits institutionalisiert. Die zwei, drei Großen gehen vor, die anderen ziehen nach. Das lässt sich zum Einen an den entstehenden militärischen Strukturen ablesen, etwa bei den Battle Groups. War es im ersten Durchlauf noch eine

deutsch-französische und britische Angelegenheit, wollten danach alle mitmachen, einschließlich Österreich und Luxemburg. Das Konzept eines Kerneuropas ist auch im Vertrag verankert. Der sieht eine "ständige strukturierte Zusammenarbeit" im Militärbereich ausdrücklich vor.

**Könnte eine EU-Verteidigungspolitik nicht korrigierendes Gegengewicht gegenüber nationalen Militarisierungsbestrebungen sein? Die Hoffnung wird innerhalb der Linken geäußert.**

Die Argumentation, im Militärbereich werde eine EU-Ebene geschaffen und dann die einzelstaatlichen Armeen aufgelöst, kenne ich. Sie ist Unsinn, illusionäre Realpolitik. Was tatsächlich passiert, ist, dass die EU-Militärpolitik hinzukommt. Es wird eine zusätzliche Ebene geschaffen. Frankreich und Großbritannien achten ganz genau darauf, dass bestimmte Bereiche ihrer Militärpolitik nicht unter EU-Führung gelangen: Atomwaffen zum Beispiel. In Frankreich wird übrigens viel offener als sonst in der EU gesagt, dass die EU-Militärpolitik auch eine Gegenmacht zu den USA darstellen soll.

**Zur Person:**

Tobias Pflüger (39) ist seit Anfang der 80er Jahren in der deutschen Friedens- und Anti-Atom-Bewegung aktiv. Er begründete 1996 die "Informationsstelle Militarisierung" und ist Redakteur der Internetpublikation "Imi-List" (www.imi-online.de). Darüber hinaus war er Redaktionsmitglied der Zeitschrift "Wissenschaft und Frieden". Seit den Europawahlen im Juni 2003 sitzt der parteilose Friedensaktivist, der über die PDS den Weg nach Straßburg schaffte, für die Vereinigte Linke (GUE/NGL) im Europaparlament. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die EU-Außen- und Militärpolitik, Friedenspolitik, Antifaschismus, europäische Asylpolitik und Anti-Atompolitik.

An diesem Freitagabend hält Pflüger einen Vortrag zum Thema EU-Militärpolitik im Bonneweger Casino um 20 Uhr.

**Was spricht dagegen, etwas Gegenmacht aufzubauen? Diplomatische Bemühungen bewirken manchmal mehr, wenn dahinter eine gewisse Gewaltandrohung steht.**

Als ich in Indien auf dem Weltsozialforum über die EU-Militärpolitik referierte, sagte ein indischer Teilnehmer: "Von den USA wusste ich das bereits, aber dass die EU Ähnliches vorhat, ist mir völlig neu. Wir haben die EU immer als Partnerin gesehen, aber wenn sie das Gleiche aufbaut, dann ist sie als Partnerin nicht länger interessant." Was ich sagen will: Europa tritt in die Fußstapfen der USA. Das Auftreten der EU weltweit ist zunehmend militärischer. Die Akzeptanz schwindet. Hier wird mit der gleichen falschen Grundidee gearbeitet.

**Wie lautet denn Ihre Alternative: die Nato, die Vereinten Nationen oder gar Fundamentaltapazifismus?**

Die Nato ist ebenfalls ein Kriegsführungsbündnis und scheidet daher als Alternative aus. Die UN wird vom Welt sicherheitsrat gelenkt, in dem die Atommächte sitzen. Ich würde sagen: Die UN ist die beste der schlechten zwischenstaatlichen Institutionen.

**Der EU-Vertrag geht in seinen militärpolitischen Optionen aber nicht so weit wie die Vereinten Nationen in ihrer Charta.**

Die EU läßt so genannte Entwaffnungsmissionen zu. Ich bin für die Einhaltung des Völkerrechts und für einen Direktbezug auf die UN-Charta. Die UN-Charta ist nicht gut, aber sie ist eine Stufe auf der Leiter, wo ich eigentlich hin will. Ich tappe aber nicht in die Falle, in die viele meiner linken Kollegen laufen. Nur weil die UN einen Einsatz mandatiert, ist dieser nicht zwangsläufig gut.

**Pazifist sind Sie also nicht.**

Ich verstehe mich als Antimilitarist. Für mich ist eine EU, die sowohl wirtschaftlich brutal als auch militärisch brutal auftritt, nichts, auf das ich mich positiv beziehen kann. Im European Defence Paper vom Pariser EU-Institut für Internationale Sicherheitsstudien, das die Vorlage für das abschließende Strategiepapier der EU im Bereich Militärpolitik ist, wird offen über Präventivkriege diskutiert. Ich kenne keine Bevölkerung, die das will. Doch wenn ich sehe, was an Militärs und Strategen im Parlament derzeit aufläuft, ist die Entscheidung für eine EU-Militärmacht längst gefallen. Es gibt keine Zivilmacht Europa. Das ist Vergangenheit.

**Warum sind Sie im Europaparlament, wenn die Marschrichtung ohnehin beschlossene Sache ist?**

Weil ich an Informationen ran kommen will und weil ich Gegenproteste unterstützen will. Es ist illusionär zu glauben, man könnte auf dieser Ebene in diesem Politikbereich wirklich Einfluss nehmen, dazu sind die Positionen zu festgezogen. Mir geht es darum, den kommenden Entwicklungen Steine in den Weg zu legen. Ich mache keine Staatspolitik; meine Alternative sind Opposition und Widerstand von unten.

Interview: Ines Kurschat